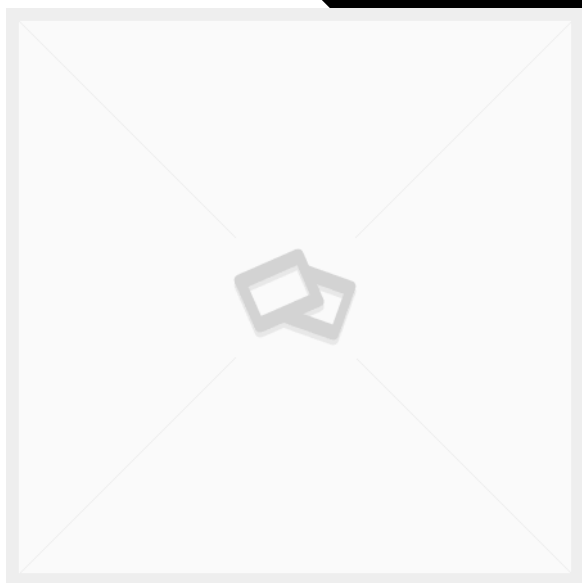


SACHSEN ANHALT NACH CORONA – GESELLSCHAFTLICHE SCHADEN MINIMIEREN



Veröffentlicht am 25. Juli 2020
[30. Ordentlicher
Landesparteitag, Stendal](#)

Der Landesparteitag möge beschließen

Hinter uns liegen Wochen und Monate, in denen wir plötzlich mit einer neuen und großen Herausforderung konfrontiert wurden. Dem Ziel unser Gesundheitssystem vor dem Kollaps zu bewahren und die Infektionsrate niedrig zu halten, haben die Bundes- und Landesregierungen bisher beispiellose Eingriffe vorgenommen.

Auch wenn die gesundheitliche Krise hinter uns zu liegen scheint, werden die Auswirkungen auf unsere beruflichen und bürgerlichen Freiheiten die verschiedenen Bereiche vom Arbeitsmarkt über die Bildungslandschaft bis zu unseren Finanzen - noch lange belasten.

Als Freie Demokraten begrüßen wir die Maßnahmen und die Soforthilfen in Land und Bund grundsätzlich. Auch wenn die Einschränkung persönlicher Freiheiten im ersten Moment erschien und die herangezogenen rechtlichen Grundlagen zumindest diskutabel waren. Die vorgenommenen Lockdowns sind strukturiert und zum Teil widersprüchlich, die staatlichen Eingriffe sind notwendig. Als einzige Partei, die die persönlichen, gesellschaftlichen

und wirtschaftliche Aspekte als untrennbare Einheit sieht, unterscheiden sich unsere Ansätze von den politischen Mitbewerbern deutlich.

Nach der akuten Phase blickt man nach vorne. Was müssen wir aus der Corona-Krise lernen? Wie können wir uns auf Pandemien und darauffolgende Einschränkungen von Versorgungsvorgängen einstellen? Wie können wir möglichen Spätfolgen der Pandemie begegnen? Was können wir tun, um unserem Sachsen-Anhalt wieder zuhause zu machen? Die folgenden Punkte sollen dafür beispielgebend sein.

Die Stärke des Gesundheitssystems

Unser Gesundheitssystem lebt von den Menschen, die mit ihrer Hände Arbeit tragen. Ihnen gilt zuallererst unser Dank.

Wir sollten uns deswegen auch entsprechend um das Wohlbefinden des Gesundheitssystems kümmern. Die Spannweite der Herausforderungen reicht von der Personalausstattung der Kliniken und Pflegeheime, die Digitalisierung der Abläufe bis hin zur Ausrüstung mit Schutzmaterial, um nur einige Beispiele zu nennen. Gutes Personal wird motiviert durch gute Löhne, die den hohen Anforderungen an Schutzmaterial, um das Infektionsrisiko so gering wie möglich zu halten. Die Einrichtungen brauchen ausreichend Mitarbeiter, um im Bedarfsfall einer erneuten Pandemie entscheidende Verantwortung zu übernehmen, um den Ausbruch in Deutschland zu verhindern.

Das Gesundheitswesen funktioniert nur, wenn es unter Einhaltung von höchsten Standards bei der IT- und Informationsversorgung unter anderem für folgende Punkte ein:

Die schnellstmögliche Einbindung aller relevanten Patientenakte und Gesundheitskarte zur Optimierung von Abläufen wie der Terminvereinbarung, Rezeptausstellung und anderen. Durch die Schaffung eines bundesweiten Datenraums werden wertvolle wissenschaftliche Erkenntnisse der evidenzbasierten Medizin für Leistungserbringer zugänglich gemacht werden und ein besserer medizinischer Informationsversorgung für Patienten geschaffen werden.

Sowohl in der Corona-Pandemie als auch in der Zukunft sind auch Alten- und Pflegeheime sowie

Hospize. Die Angehörigen bitten darum, dass der Besuch von Angehörigen und Freunden nicht verhindert wird. Dies hat zu tragischen Fällen geführt, in denen Angehörige ihren verstorbenen Familienmitgliedern nicht noch einmal sehen und Abschied nehmen konnten. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit, Infektionskrankheiten in Einrichtungen möglichst auszuschließen. Und selbst wenn dies nicht verhindert werden konnte, sollte hier der Besuch mit Schutzmaßnahmen möglichst gemacht werden.

In Sachsen-Anhalt haben wir vor einigen Jahren Debatten gesehen, die eine Reduzierung der Kapazitäten im Krankenhaus zum Ziel hatten. Die Krise hat deutlich gezeigt, dass zu einer Reduzierung von öffentlichen Geldern auch eine strategische Reserve – etwa für Betten oder Hygieneartikeln - gehört. Hier muss das Land Schritte unternehmen, beispielsweise durch eine Überarbeitung der Krankenhausstruktur durch die Erhöhung der Investitionszuschüsse an die Krankenkassen. Der Pandemieplan des Landes braucht ein Update. Dafür wollen wir die Demokraten uns ab 2021 im Landtag einsetzen.

Von der Bundesregierung erwarten wir, dass die Bestände an Gütern, wie Schutzausrüstung, Desinfektionsmittel oder Medikamente deutlich aufgestockt wird. Weiterhin ist ein dauerhafter Krisenstabs beim Bundeskanzleramt oder Auswärtigen Amt zu etablieren, um Ausbruch von ansteckenden Krankheiten etc. weltweit zu beobachten und schnell und mit Beteiligung des Parlaments zielgerichtet reagieren zu können. Dies entspricht etwa dem Vorgehen des britischen Stab nach der ersten Sars-Pandemie 2002-2003. Großbritannien konnte unter anderem deswegen eine Pandemie und den damit verbundenen Lockdown verhindern: Mit unter 500 Fällen hat das Land die Infektionen Einwohnern und hohem Reiseverkehr mit China verhindern können. Auf die Einwohnerzahl der Bundesrepublik bezogen, hätte das einer Fallzahl von knapp 1800 Infizierten. Die Briten haben es geschafft!

Sehr deutlich ist nach dem Corona-Ausbruch aber auch, dass die Gesundheitssysteme unterschiedlich auf eine Epidemie oder gar Pandemie vorbereitet sind. Wir sind zweifellos mit großem Engagement gearbeitet. Trotzdem müssen wir noch mehr Personal, die gezogen werden müssen. Das Personal der

Gesundheitssystem im Bruch einer Epidemie/Pandemie schnell aufgestockt werden. Die Mitarbeiter bei der Nachvollziehung von Infektionsketten sowie die Teile der Verwaltung sind in diesen Sondersituationen besonders belastet und werden so schnell wie möglich identifiziert werden, um die Grundlage zur Verfügung zu stellen. Zudem muss in Zukunft sichergestellt werden, dass die ausführenden Behörden und die Regierung den Ernstfall bewältigen können.

Bürgerrechte auch in schwierigen Zeiten

Die Bürgerrechte sind der Markenkern der Liberalen. Obwohl viele der Einschränkungen sachlich begründbar waren, wurden viele Opfer getroffen. Für uns Liberale ist das nicht die "neue Normalität", sondern ein Ausnahmezustand.

Die Verschiebung der Balance zwischen den staatlichen Kompetenzen und in Deutschland beobachten wir mit Sorge. Die monatelange Verschiebung der Bürgerrechten auf dem Verordnungsweg ist absolut inakzeptabel. Für die Demokraten ist es uns wichtig, dass die staatliche Reaktion auf die Krise unserem Gemeinwesen angemessen und mit unseren verfassungsrechtlichen Grundordnung vereinbar ist. Dies erfordert, dass die Einschränkungen der Bürgerrechte, die eine Regierung ergreift – von der Versammlungsfreiheit bis zur Berufsfreiheit – zeitnah und kontinuierlich auf ihr Erfordernis überprüft werden müssen. Es darf nicht vorab oder – bei Gefahr im Verzug – zeitnah Zustimmung gegeben werden.

Für uns Liberale steht die Freiheit an erster Stelle. Die vom Staat geschaffene Sicherheit dient der Wahrung der Freiheit und muss somit verhältnismäßig sein. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit ist somit für uns eine Selbstverständlichkeit, die nicht in Frage gestellt werden darf.

Statt nur auf Maßnahmen zu setzen, die die Quarantäne seit dem Mittelalter bekannt sind, setzen wir uns für die Nutzung smarter Instrumente ein, die durch die Digitalisierung ermöglicht werden. Daher setzen wir uns für die Einführung einer App ein, die den Datenschutz achtet und auf Freiwilligkeit basiert. Eine zentrale und lokale Datenverarbeitung setzt, kann in Verbindung mit weiteren Testungen dazu beitragen, Freiheit und Sicherheit

für alle Bundesländer zu erhöhen. Bei ihrer Entwicklung hat die Bundesregierung

Wirtschaft zukunfts

Die Wirtschaft kann ihren Beitrag zu einer Pandemie leisten, wenn man sie lässt: Zahlreiche Unternehmen können schnell ihre Produktion von beispielsweise Textilien oder alkoholischen Getränken auf Atemschutzmasken und Desinfektionsmitteln umstellen. Ein solches unternehmerisches Engagement!

Höhere und neue Steuern verringern den Spielraum für Entscheidungen jedoch und schwächen damit auch die Reaktionskraft in Krisen. Sobald während einer Pandemie von anderen Staaten Exportbeschränkungen erlassen werden oder internationaler Handel zusammenbrechen, sind wir besonders auf die Leistungsfähigkeit und den Ideenreichtum der Unternehmen vor Ort angewiesen. Unserer Wirtschaft hat jeder Bürger in dieser Krise neu zuhause zu sein.

Die Coronakrise ist damit auch als Wechsel von einem Belastungsmoratorium müssen wir uns mit den Bestimmungen einer Notwendigkeitsüberprüfung unterwerfen. Es sind zum Beispiel zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und der Gesundheit und welche sorgen nur unnötigen Aufwand für die Wirtschaft. Wir müssen somit ihren Spielraum um auf Krisen schnell reagieren.

Kaufprämien für klimafreundliche Produkte sind Eingriffe in den Preismechanismus führen höhere Preise und negative Mitnahmeeffekten wie bei der "Abwrackprämie" 2009 und einer möglichen Steigerung der Wertschöpfung der Wirtschaft. Wir fördern die Entwicklung anderer Alternativen beispielsweise auf elektrischer oder Wasserstoffbasis. So können wir die Klimaziele erfüllen und auch zukunftsfähige

Technologie zu unterstützen.

Die Tatsache, dass wir auch weiterhin im "Homeoffice" arbeiten sollten, hat eine weitere Schwäche des ländlichen Breitbandausbau kam in den letzten Jahren zu schleppend voran. Für Firmen und Selbstständige essentielle Nachteile, die den ländlichen Raum belasten hat und wir Liberale beseitigen wollen. Unabhängig von der flächendeckenden Versorgung mit schnellem und stabilem Internet, haben die Möglichkeit zu 5G auf jedem Acker, an jedem Rebstock, in jedem Gebiet und auch im kleinsten Dorf. Es können sowohl Großstädte als auch ländliche Raum profitieren. Der Zuzug in die überfüllten Großstädte belastet diese damit, kleine Gemeinden können mit flankierenden Angeboten wie Kinderbetreuungsangeboten, interessanten kulturellen Angeboten, günstigem Wohnraum junge Familien werben. Vergleiche zwischen Stadt und Land werden wieder realistischer.

Die Bedeutung der lokalen Nahrungsmittelproduktion wird besonders deutlich. Die Überforderung durch die Digitalisierung werden wir beenden und die Digitalisierung konsequent umsetzen. Grundlage für den Bereich Landwirtschaft ist der sachsen-anhaltische Digitalisierungsplan. Funkverbindungen mit hoher Reichweite und die Nutzung der aus öffentlicher Hand erzeugten Daten sowie technologischen Daten des Deutschen Wetterdienstes.

Die Marktwirtschaft hat das ländliche Deutschland weitestgehend noch nie weniger Armut, geringere Kindersterblichkeit, Zugang zu sauberem Wasser aber auch Bildung und damit auch zu einem funktionierenden Wirtschaftssystem hat uns geholfen, gut durch die Krise zu kommen. Es zu stärken ist auch eine Vorsorge für die Zukunft.

Werkzeuge für die Zukunft

Die Digitalisierung hat das digitale Potenzial unseres Bildungssystems

aufgezeigt, was möglich schien – von der Rundmail an Eltern und Schüler bis zur Tagungskonferenz – wurde von engagierten Lehrkräften und Schülern mitgemacht. Die schlagartige Umstellung offenbarte dabei die enormen Chancen der digitalen Bildungslandschaft.

Gerade in den ländlichen Regionen ist die Breitbandabdeckung immer noch ungenügend. Die FDP-Fraktion der Landesregierung haben unserer Heimat auf diesem wichtigen Punkt neue Impulse eingebracht, die eben auch auf die Bildung durchschlägt. Wie können wir Digitalisierung bewältigen, wenn sie nicht mit hoher Geschwindigkeit eingeschlossen sind? Hier wollen wir Freie Demokraten mit der Regierung des Landes nachhelfen, weiße Flecken zu schließen.

Neben der öffentlichen Infrastruktur fehlt es aber auch an Ausstattung für Lehrkräfte und Schüler. Im Landtagswahlprogramm 2019 haben wir die Ausrüstung mit individuellen, lerngeeigneten Notebooks gefordert. Wir noch mehr Zeit zu verlieren, fordern wir die Kenia-Koalition auf, im letzten Amtsjahr auf diesen langen Weg zu machen. Technische Ausrüstung ebenso wie für die praktische Übung der digitalen Klassenraum muss an allen Schulen modernisiert werden. Geräte sollten standardmäßig in den Unterricht integriert werden.

Bei der Aufarbeitung der Krise dürfen freie Träger in freier Trägerschaft nicht vergessen werden. Sie leisten einen wichtigen Beitrag und ihre nun entstandenen Defizite müssen durch Fortbildungen – werden derzeit nicht ersetzt. Als FDP-Fraktion sehen wir die Notwendigkeit, dass die coronabedingten Schäden durch eigene Landesförderung durch das Land ausgeglichen werden. In Sachsen-Anhalt ist dies ein Nullsummenspiel, für die freie Trägerschaft es hingegen um die Existenz. Ein enormer Schaden für die freie Trägerschaft in unserer Heimat droht. Wir Freie Demokraten wollen den Schaden abwenden und die freien Bildungsträger

Kommunen durch Corona-Krisen fit machen

Die Kommunen in Sachsen-Anhalt werden massive Einnahmeausfälle zu verzeichnen. Die sich abzeichnende Corona-Krise, die Einnahmeausfälle und die Insolvenzen zahlreicher Unternehmen sowie die Gewerbesteuereinnahmen für die kommenden Jahre ruiniert. Die notwendigen Gegenmaßnahmen des Landes drohen massive Kürzungen der öffentlichen Leistungen“, die das zivilgesellschaftliche Leben im kulturellen, sozialen Bereich tragen. Der kommunalen Pleitewelle würde dann noch die Corona-Krise folgen.

Die Maßnahmen des Bundes zur Unterstützung der Kommunen dabei in die richtige Richtung um dies zu vermeiden, bedürfen des Landes, das seine Kommunen finanziell am schlechtesten ausstatten kann, durch das Land.

Wir Freie Demokraten fordern dafür das Haushaltsjahr 2021 und 2022 auszusetzen, damit die Städte und Gemeinden ihre Haushalte konsolidieren können, ohne nachteilige Auswirkungen auf die Strukturen der Zivilgesellschaft anzurichten. Darüber hinaus fordern wir dafür ein, dass das Land die Gewerbesteuerrückgänge im Vergleichsjahr 2018 bis einschließlich 2022 anteilig ausgleicht, um die Härten der sich abzeichnenden Rezession aufzufangen.

In der Verwaltung müssen wir auf den digitalen Einzug halten. Es kann nicht sein, dass verschiedene Behördengänge gar nicht mehr erledigt werden können, oder schlimmer, dass es keine Möglichkeiten zum Arbeiten von zu Hause aus gibt. Mehr Nutzung von mobilen Arbeitsplätzen gehört hierzu auch die Digitalisierung auf die E-Akte: sämtliche Verwaltungsvorgänge elektronisch sein, nur im Ausnahmefall sollte zum Drucken und Unterschriften kommen. Dies schließt auch die Überprüfung von Vorhaben ein, welche Behördengänge sollten auch weiterhin einfach weitergeführt werden können und bei welchen ist ein persönlicher

Termin nicht zu verschieben? Dabei muss natürlich ein besonderes Augenmerk auf die Finanzierung gelegt werden. Ein hochentwickeltes Land wie die Bundesrepublik muss grundsätzlich auch in einer Ausnahmesituation die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung gewährleisten, um sie arbeitsfähig bleiben.

Die neu aufgenommenen Kredite müssen so schnell wie möglich zurückgezahlt werden. Hier sehen wir die Notwendigkeit, einen Tilgungsplan vorzulegen und dem Landtag vorzulegen, um die geschlossenen Ausgaben und ihrer Wirkungen vorzulegen.

Auf den Punkt gebracht:

1. Höhere Personalausstattung der Kliniken und Krankenhäuser, Ausrüstung mit Schutzmaterial im Gesundheitswesen
2. Die schnellstmögliche Einführung von elektronischer Gesundheitskarte, mit deutschen Datenschutzstandards
3. Eine neue Krankenhausplanung und auf ihrer Basis Investitionszuschüsse an die Krankenhäuser
4. Ein Update für den Pandemieplan
5. Die Bevorratung strategischer Güter, wie Desinfektionsmittel durch die Krankenkassen, letztendlich durch die Bundesregierung
6. Einen dauerhaften Koordinierungsausschuss im Finanzamt oder Auswärtigen Amt
7. Die Einführung einer App, die auf Freiwilligkeit basiert
8. Sämtliche bürokratischen Hürden insbesondere für die Wirtschaft, einer Notwendigkeit entgegen zu ziehen
9. Eine flächendeckende Versorgung mit schnellem und stabilem Internet
10. Die Ausrüstung der Schulen mit lerngeeigneten Notebooks an unseren Schulen
11. Die Kommunen für die Jahre 2021 und 2022 auszusetzen
12. Die Überbesteuerungen der Kommunen zum 1.1.2021 bis einschließlich 2022 anteilig ausgleichen

13. Die Verwaltung ist verpflichtet, auf die E-Akte in den Verwaltungen, um die Verwaltung zu halten